

Leserbriefe

Homosexuelle sind genauso gute Erzieher

Zu «Kinder in die staatliche Obhut?», SN vom 9. 11.

Zu den Leserbriefen von Erwin Auf der Mauer: Niemand zwingt Eltern, Kinder «in die staatliche Erziehung abzugeben». Tagesbetreuung für Kinder von berufstätigen Eltern ist ein Angebot, das viele Eltern wünschen. Oft sind die Kinder nicht jeden Tag dort. Der Staat meint nicht, er könne die Kinder besser erziehen, denn alle Menschen, ob leibliche Mütter oder Kinderhort-Angestellte, sind in ihrem Verhalten unterschiedlich, die Kinder ebenso. Man kann die Menschen nicht schubladisieren in: Leibliche Mütter sind ideal, andere Betreuer sind schlecht. Geborgenheit gibt es auch in guten Betreuungen, und Einzelkinder schätzen den Umgang mit Gleichaltrigen. Das sage ich, obwohl ich selber für meine Kinder zu Hause blieb. Das tat ich nicht, weil ich es besser fand, sondern weil es mir gefiel. Früher haben hauptsächlich Grossmütter die Enkel aufgezogen, wenn die Mütter – oft gezwungenermassen – mit Erwerbsarbeit überlastet waren. Die «traditionelle Familie» bietet überhaupt keine Gewähr für den späteren «guten» Lebenslauf der Kinder. Die Homoehe hat schon gar nichts damit zu tun. Aber wenn wir schon dabei sind: Die können genauso gut Kinder aufziehen. Warum auch nicht? Auch das sage ich, obwohl ich nicht selber davon betroffen bin.

Gisela Egli-Zemp
Trasadingen

Wer will, der findet Wege

Zu «Keine Flüchtlinge, eine Invasion», SN vom 11. 9

Die Flüchtlingssituation macht Angst, und die Ratschläge, was hier in Europa und dort in den Herkunftsländern gemacht werden müsste, um diesem Strom Einhalt zu gebieten, sind zahlreich. Die Chance, dort etwas zu verändern, hat Europa verpasst, und wir hier sind immer noch nicht bereit zu einer systemischen Veränderung. Eine Ausnahme sind die vielen privaten und kirchlichen Hilfswerke und die Projekte der Deza, die Entwicklungshilfe vor Ort mit den Betroffenen leisten. Agrarindustrie-Multis, Weltbank und Uno machen weiterhin «grüne» Grossprojekte über die Köpfe der Betroffenen hinweg. Dabei ist längst bekannt, dass nur die Förderung der regionalen einheimischen Landwirtschaft und Märkte die Ernährungssituation vor Ort verbessern können. Rohstofffirmen erwerben von unverantwortlichen Regierungen Ausbeutungskonzessionen und vertreiben die ansässige Bevölkerung. Steuern und Gewinne fliessen mehrheitlich in die westlichen Finanzhäuser und den westlichen Wohlstand und übertreffen die Entwicklungshilfe um ein Mehrfaches. Europäische Schleppnetz-Trawler vor Afrika gefährden die Fischbestände und damit die Lebensgrundlage von unzähligen Menschen. Dass die Spekulation mit Nahrungsmitteln den Hunger vermehrt, ist ebenfalls erwiesen. Auch die Appelle, mit den humanitätsfeindlichen Kriegswaffenexporten aufzuhören, verhallen ungehört. Diese und viele weitere Ungerechtigkeiten verwerfen vor allem der jungen Generation in den Herkunftsländern Entwicklungsmöglichkeiten und zwingen sie zur Auswanderung. Deshalb stehen

die reichen Länder, auch die Schweiz, in der Pflicht, sich mit der Flüchtlingssituation ernsthaft auseinanderzusetzen und menschenwürdige Lösungen zu suchen und zu finden. Das ist auch heute noch unsere Chance, Gerechtigkeit und Mitmenschlichkeit statt der Fremdenfeindlichkeit und des krankhaften, lebensfeindlichen Gelddenkens walten zu lassen. Wo ein Wille ist, da ist ein Weg.

Johannes Herter-Leu
Andelfingen

Im falschen Film mit der SVP?

Zu «Parlament baut Asylsystem ohne SVP um», SN vom 10. 9.

Die SVP, mit welcher die FDP im Kanton Schaffhausen eine Listenverbindung eingegangen ist, verlangt im Nationalrat ausgerechnet auf dem Höhepunkt des Flüchtlingseleuds in Europa, welches eigentlich unsere Solidarität erfordern würde, ein Asylmatorium und scharfe Grenzkontrollen durch die Armee. Will die SVP ungarische Verhältnisse oder eine Wiederholung unrühmlicher Episoden der Schweizer Geschichte (Stichwort: «Das Boot ist voll»)?

Arnold Marti
Schaffhausen

Statt des Griffes in die Staatskasse

Zu einem Projekt und seiner Finanzierung

In der Gruppe Seniorenrunde Breite weiss man von einem erfinderischen Einsatz, der auch weit herum interessieren muss. Denn es geht um fortschrittliches behördliches Handeln: Zur Mitfinanzierung des Projektes Quartierentwicklung, das sich bis 2018 auf alle Stadtquartiere erstrecken wird, hat sich Stadtrat Simon Stocker (zuständig für Soziales und Sicherheit) um Förderungsgelder einer privaten Stiftung beworben. Das war natürlich nicht umsonst. Es war ein attraktives Bewerbungspapier über das Projekt zu erarbeiten, das Projekt mündlich überzeugend einer 15-köpfigen Jury zu präsentieren und bei der anschliessenden Befragung klug und einnehmend zu antworten. Der Zuschlag ist Stadtrat Stocker und zwei Mitarbeiterinnen im Wettbewerb mit anderen Bewerbern erfolgreich zugesprochen worden. Somit fliesst ein sechsstelliger Frankenbetrag in die Stadtkasse für die Realisierung des Projekts. Bravissimo!

Peter Seiler
Schaffhausen

Unter der Rubrik «Leserbriefe» veröffentlicht die Redaktion Zuschriften aus dem Leserkreis, um deren Publikation sie ausdrücklich ersucht wurde. Die Verantwortung für den Inhalt der Einsendungen tragen die Verfasser. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen oder Texte ehrverletzenden Inhalts zurückzuweisen. Anonyme Zuschriften wandern in den Papierkorb. In der Regel werden nur mit vollem Namen, Adresse und Telefonnummer gezeichnete Leserbriefe veröffentlicht.

Korrigenda

KADETTEN: AUCH GC AMICITIA OHNE CHANCE

SN vom 10. 9. 2015

Der abgebildete Kadetten-Spieler, der die GC-Abwehr überwinden konnte, heisst nicht Goran, sondern Aleksandar Stojanovic.

EINE GUTE BEKANNTE IST WIEDER ZURÜCK IN SCHAFFHAUSEN

SN vom 11. 9.

Die richtige Adresse von Denise Schönbergers Werkstatt «berta» lautet Schützengraben 19 in Schaffhausen.



Nationalrat Thomas Hurter findet es richtig, dass die Sicherheitspolitische Kommission den Bundesrat dazu zwingen will, die Finanzierung der Armee in den Jahren 2017 bis 2020 festzulegen.

Bild Key

Gibt es Kompromisse vor den Wahlen?

Vor den eidgenössischen Wahlen ist sehr oft zu erkennen, dass innerhalb der Fraktionen ein Zusammenrücken stattfindet und man eher weniger zu Kompromissen bereit ist. Insofern ist es erstaunlich, dass zwei Vorlagen, die die Schweiz und ihre Sicherheit betreffen, trotz allen Unkenrufen angepackt wurden. Ich spreche vom neuen Nachrichtendienstgesetz und von der Weiterentwicklung der Armee. Leider entspricht es einer Tatsache, dass unsere Bürgerinnen und Bürger immer wieder neuen Bedrohungen ausgesetzt sind und weltweit unterschiedliche Entwicklungen stattfinden, die die Sicherheit bedrohen. Wollen wir nicht auf einem Auge blind sein, ist es absolut richtig, dass unser Nachrichtendienst neue Möglichkeiten erhalten soll, um Gefahren genügend frühzeitig zu erkennen. Es ist wie mit einer Versicherung: Wenn sie nicht gebraucht wird, ist sie am günstigsten.

Keine Angst, es geht nicht darum, Tausende von Bürgerinnen und Bürgern auszuhorchen und zu verwanzeln. Es wird sich lediglich um etwa 15 Fälle pro Jahr in der Schweiz handeln, die es frühzeitig zu erkennen gilt, weil sie für unser Land eine substanzielle Bedrohung bedeuten könnten. Eines der aktuellsten Beispiele sind Menschen, die sich unverständlicherweise im Ausland radikalieren lassen und anschliessend in Europa Schaden und Leid anrichten möchten. Der «Normalbürger» muss in keiner Weise eine Überwachung befürchten.

Das neue Nachrichtendienstgesetz will aber auch Wirtschaftsspionage früh-

Diese Woche standen bei der Session des eidgenössischen Parlamentes zwei Vorlagen zur Sicherheit im Fokus. Trotz Wahlkampf bemühte sich die Mehrheit darum, Lösungen zu finden und der Schweiz den Schutz, den sie braucht, zu geben.

VON THOMAS HURTER

zeitig erkennen. Gerade der innovative Arbeitsplatz Schweiz ist davon besonders bedroht. Auch Angriffen auf kritische Infrastrukturen (z. B. Cyberattacken auf unsere Energieversorgung) in der Schweiz muss man begegnen können.

Die erwähnten Beispiele klingen zugegebenermassen etwas dramatisch, aber die Realität holt uns immer wieder ein. Die Schweiz ist ein Land mit einer hohen Sicherheitskultur. Dazu gehört auch ein modernes Nach-

richtendienstgesetz. Die Mitglieder der eidgenössischen Räte haben neben einem abgestuften Bewilligungsverfahren und einer unabhängigen Aufsichts- und Kontrollinstanz genügend Überwachung eingebaut, sodass kein Mitarbeiter des Nachrichtendienstes hyperaktiv werden kann.

Das zweite die Sicherheit betreffende Thema ist die Weiterentwicklung der Armee. Die Eckwerte sind bekannt: 100 000 Angehörige der Armee, fünf Milliarden Franken und eine neue Organisation sollen helfen, die Armee besser auszurüsten, speditiver zu mobilisieren und bevölkerungsnäher werden zu lassen. Die Schicksalsfrage betrifft aber einmal mehr die Finanzen. In den politischen Diskussionen um die Armee ist es leider seit Jahren so, dass zuerst über die Finanzen gesprochen wird statt darüber, was die Armee leisten sollte. Das war und ist die Ursache für die finanzielle Schiefelage der Armee und der daraus resultierenden Mängel.

Deshalb ist es richtig, dass die Sicherheitspolitische Kommission den Bundesrat zwingen will, in einem separaten Bundesbeschluss die Finanzierung für die Jahre 2017 bis 2020 festzulegen. Die Kommission wird die Beratung im November wieder aufnehmen und mithelfen, der Armee die endlich verlangte Planungssicherheit zu garantieren. Trotz der bevorstehenden Wahlen ist die Mehrheit gewillt, Lösungen zu suchen und der Schweiz den nötigen Schutz zu ermöglichen.

Thomas Hurter ist Schaffhauser SVP-Nationalrat.

Presseschau Konflikt zwischen der türkischen Regierung und den Kurden

Erdogans Ziel ist nicht die PKK, sondern die gemässigte HDP. Sie soll bis zu den Neuwahlen am 1. November als Helfershelferin der «PKK-Terroristen»

Erdogan geht davon aus, dass der Konflikt mit den Kurden seine Wahlchancen erhöht. Das zumindest legt die Studie eines Istanbuler Beratungsbüros

Für die Bevölkerung in den türkischen Kurdengebieten ist der brutale Militäreinsatz, der sich seit Monaten schon auch gegen sie richtet, ein schreckli-

Neue Zürcher Zeitung

gebrandmarkt werden. Und dies, obwohl die HDP-Führung die Armee und die PKK aufgefordert hat, «den Finger vom Abzug zu nehmen». Ob Erdogans Kalkül aufgeht, muss sich zeigen. Einiges spricht dagegen. Die türkische Wirtschaft leidet unter der Unsicherheit. Zudem kam es bei Begräbnissen türkischer Polizisten, die von der PKK getötet worden waren, zu Unmutskundungen gegen Erdogan. (NZZ)

Basler Zeitung

nahe. Der «politische Gewalt-Index» zeigt für die Türkei eine enge Korrelation zwischen Krieg und Zuspruch der Bevölkerung. Mit seiner Wahlkampfstrategie geht Erdogan zwar Risiken ein. (...) Doch davon lässt er sich nicht beeindrucken. Er spielt auf Risiko. Bei den nächsten Wahlen will er mit seiner Partei so gut abschneiden, dass er ohne Zuzug von Koalitionspartnern eine Regierung bilden kann. (Basler Zeitung)

taz.die tageszeitung

ches Déjà-vu der 1990er-Jahre. Erdogan wirft damit seinen einzigen wirklichen politischen Erfolg, den begonnenen Friedensprozess mit den Kurden, in den Dreck. Die Terroranschläge, so verwerflich sie sind, dienen ihm letztlich nur als Vorwand. Die PKK hat sich stark gewandelt in den vergangenen Jahren und ist mehrheitlich bereit zu einer Aussöhnung. (taz.de)